

Oktober 2020

# Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf

## Genfer Großwetterlage

### Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen Mitte Juli – Mitte Oktober

*Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Meike Lenzner*

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen

Der Kampf gegen COVID-19 blieb über die vergangenen Monate das wichtigste, aber bei weitem nicht das einzige Thema im multilateralen Genf. In der WTO drehte sich in den letzten Monaten vieles um den Auswahlprozess für die Nachfolge des zurückgetretenen WTO-Generaldirektors Azevêdo. Im Menschenrechtsrat konnten Deutschland und Verbündete einige wichtige Erfolge verbuchen; die Zusammensetzung des Gremiums ab dem kommenden Jahr verheißt gleichwohl ein raueres Klima.

#### **Bemühungen um weltweiten Zugang zum Impfstoff gegen COVID-19**

In den vergangenen Monaten nahmen die Bemühungen, einen weltweiten Zugang zu einem künftigen Impfstoff zu ermöglichen, zunehmend Gestalt an: Die von der Impfallianz Gavi, der WHO und der Coalition for Epidemic Preparedness (CEPI) geleitete COVAX-Initiative, an der über 170 Länder beteiligt sind, soll zur Herstellung und gerechten Verteilung eines COVID-19 Impfstoffes weltweit beitragen. Sie soll vor allem den 92 einkommensschwächeren Staaten Zugang zu Impfdosen gewähren, während die 80 einkommensstärkeren, selbstfinanzierenden Staaten ebenfalls von garantierten Impfdosen profitieren. Außerdem unterstützen acht Volkswirtschaften, die nicht UN Mitglieder sind, die Initiative, darunter Taiwan<sup>1</sup>. Deutschland ist COVAX über die EU beigetreten. Die USA und Russland nehmen bislang nicht teil. Hingegen trat China letzte Woche nach langem Zögern doch noch bei. Über die

Hälfte des 1,8 Mrd. US-Dollar starken Budgets wird allein von sechs Staaten (Vereinigtes Königreich, Kanada, Deutschland, Italien, Japan, Schweden) getragen. Erklärtes Ziel ist es, bis Ende 2021 zwei Milliarden Impfdosen zu verteilen. Der Verteilungsmechanismus ist in zwei grundlegende Phasen aufgeteilt. In der ersten Phase bekommt jeder Staat zunächst Impfdosen, um 3% der Bevölkerung - darunter beispielsweise Personen, die im Gesundheitssystem tätig sind - zu versorgen. Im nächsten Schritt werden weitere Impfdosen verteilt, sodass Staaten insgesamt 20% ihrer Bevölkerung und damit Risikogruppen schützen können. Somit werden in Phase 1 alle Staaten gleichrangig bedacht. In der zweiten Phase erhalten hingegen solche Länder den Vortritt für zusätzliche Impfdosen, die einem höheren Risiko ausgesetzt sind. Zusätzlich zum Verteilungsmechanismus unter Staaten gibt es einen "humanitären Puffer", d.h. 5% der Impfdosen sollen gehortet werden, um für akute Ausbrüche und für humanitäre Organisationen, um besonders exponierte Gruppen (z.B. Flüchtlinge) zu versorgen<sup>2</sup>.

#### **WHO: Reformdebatte beginnt**

Zunehmend rücken die aus der Pandemie zu ziehenden Lehren für die WHO und die Krisenreaktion ihrer Mitgliedsstaaten in den Vordergrund. Bereits im August hatten Deutschland und Frankreich ein Reformpapier mit weitreichenden Reformvorschlägen vorgelegt, die auf eine Stärkung

<sup>1</sup> Eine Auflistung der Länder findet sich [hier](#).

<sup>2</sup> WHO: Fair allocation mechanism for COVID-19 vaccines through the COVAX Facility. 09.09.2020. [mehr](#)

der WHO, ihres Mandats, ihrer Krisenreaktionsfähigkeit aber auch ihrer finanziellen Basis abzielt. Gefordert werden unter anderem eine Erhöhung der Festbeiträge der Mitgliedstaaten für die WHO, ein abgestufter Alarmmechanismus für internationale Gesundheitsnotlagen sowie stärkere Kontrollrechte und ein besserer Zugang zu Information für die WHO. Auch andere Länder, darunter das Vereinigte Königreich, Chile, Korea aber auch die USA hatten ihrerseits Reformvorschläge geäußert. Die Diskussion über die Lehren aus der Krise standen auch bei der Sondersitzung des Exekutivrats der WHO (in dem sich auch Deutschland befindet) am 5./6. Oktober auf der Tagesordnung. Dabei kamen gleich mehrere Papiere und Initiativen zu Sprache. Der Bericht des Unabhängigen Aufsichts- und Beratungskomitees für das Notfallprogramm der WHO (IOAC) mahnte u.a., dass die „Politisierung“ des Virus die Krisenreaktion erheblich erschwert habe<sup>3</sup>. Ein im Juli ins Leben gerufenes sogenanntes Unabhängiges Panel (IPPR) soll sowohl Lehren aus der COVID-Krise ziehen, wie auch Konsequenzen für künftige globale Gesundheitskrisen ableiten. Geleitet wird das hochrangig besetzte Gremium von den ehemaligen Ministerpräsidentinnen Helen Johnson Sirleaf (Liberia) und Helen Clark (Neuseeland). Ein erstes Treffen fand im September statt, ein Fortschrittsbericht soll im November vorliegen, der finale Rapport bei der nächsten Weltgesundheitsversammlung (24. Mai-1. Juni) präsentiert werden. Ein drittes, durch den Präsidenten des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, geleitetes Komitee (Review Committee on the Functioning of the International Health Regulations) wird Rolle und Durchsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) im Kontext der Krise begutachten und seinen Bericht ebenfalls im Mai 2021 vorlegen.

Die Diskussionen bei der Sitzung des WHO-Exekutivrats verliefen sachlich. Besonders bemerkenswert: der Vertreter der USA äußerte sich konstruktiv und lobte vorsichtig die bisher gemachten Schritte bei der Aufarbeitung der Krise. Das war ein spürbarer Kontrast gegenüber der harschen Kritik, die aus dem Weißen Haus im Sommer an die Adresse der WHO erging und

letztlich im Einleiten des Austritt-Prozesses durch die US-Administration gipfelte.

Grundsätzlich gibt es kaum einen Mitgliedstaat, der den Reformbedarf bei der WHO, v.a. der Krisenreaktionsmechanismen, in Frage stellt. Recht unterschiedlich sind gleichwohl die Ansichten darüber, wie weit diese gehen soll: So erfreuen sich Forderungen nach Stärkung von Sanktions- oder Monitoringmechanismen der WHO genauso wie eine Erhöhung der Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten nur begrenzter Beliebtheit. Größere Resonanz findet hingegen die Idee eines Ampelsystems für das Krisenwarnsystem ebenso wie die von der Afrikanischen Union vorgeschlagene sogenannte gegenseitige Beurteilung („Peer Review“) der Mitgliedstaaten. Viele der Reformvorschläge sind altbekannt. Die wahre Herausforderung ist nach Ansicht von Beobachtern die Mobilisierung des politischen Willens unter den Mitgliedstaaten sein.

Im September bestätigte die WHO den ersten Schnelltest, der eine akute COVID-19-Infektion innerhalb von 15-30 Minuten feststellt. Ein solcher Test könnte einkommensschwächeren Staaten ohne ausgebaute Laborinfrastrukturen eine Vergrößerung der Testkapazitäten ermöglichen. Mit Unterstützung u.a. der Bill & Melinda Gates Stiftung werden so in den nächsten sechs Monaten 120 Mio. solcher Tests zu maximal fünf US-Dollar verfügbar sein<sup>4</sup>.

Ferner veröffentlichte die WHO verschiedene Empfehlungen, u.a. zu Maßnahmen in Schulen. Deren Öffnung habe mit Blick auf die langfristige Gesundheit der Kinder Priorität. Schulschließungen sollten nur als letztes Mittel in Erwägung gezogen werden.

Am 12. Oktober äußerte sich die WHO zudem erneut skeptisch zum Konzept der Herdenimmunität als Strategie gegen COVID-19. Diese sei wissenschaftlich und ethisch problematisch. Herdenimmunität könne nur im Verbund mit schützenden Impfungen erreicht werden. Außerdem seien Immunität und Langzeitfolgen von COVID-19 noch nicht ausreichend erforscht.

Eine zusätzliche Herausforderung für die WHO stellt seit Juni der 11. Ebola-Ausbruch in der Pro-

<sup>3</sup> Der gesamte Bericht ist [hier](#) abrufbar.

<sup>4</sup> Mehr Informationen finden sich [hier](#).

vinz Equateur in der Demokratischen Republik Kongo dar. Erst am 25. Juni konnte der seit 2018 anhaltende 10. Ausbruch in den östlichen Regionen Nord-Kivu and Ituri, welcher mit über 2.000 Todesfällen der größte des Landes und zweitgrößte weltweit war, beendet werden. Am 1. September stufte die WHO die Region als hohes Risikogebiet ein. Die WHO setzt aufgrund der Erfahrungen mit vorherigen Ausbrüchen auf die verstärkte Einbindung der lokalen Bevölkerung. Sorgen bereiten die teils schwere Erreichbarkeit der abgeschiedenen Gebiete und die Gefahr eines Übergreifens des Virus auf Nachbarstaaten. Bedenklich sei außerdem, inwiefern das Gesundheitssystem einen erneuten Ebola Ausbruch parallel zur COVID-19-Pandemie abfedern kann.

## WTO - Rennen um Nachfolge geht in die Schlussphase

Seit dem 31. August ist die Position des WTO-Generaldirektors vakant, nachdem Generaldirektor Roberto Azevêdo im Mai seinen Rücktritt bekannt gab. In mehreren Etappen wurde in dem bereits seit Anfang Juni andauernden Prozess die Zahl der Anwärter von anfangs acht auf ein Duo reduziert<sup>5</sup>: Ngozi Okonjo-Iweala (Nigeria) und Yoo Myung-hee (Rep. Korea). Mithin wird wohl erstmals eine Frau die Leitung der WTO übernehmen.

Dass es keiner der beiden verbliebenen männlichen Mitbewerber, Liam Fox (UK) und Mohammad Maziad Al-Tuwaijri (Saudi-Arabien), in die letzte Runde schaffte, war allgemein erwartet worden. Offener schien hingegen, welche der drei Kandidatinnen (neben den beiden obigen noch Amina Mohamed aus Kenia) es in die letzte Auswahlrunde schaffen würde. Im Vorfeld hatten kundige Beobachter gemutmaßt, dass es in der finalen Runde eher nicht zur Gegenüberstellung der beiden afrikanischen Kandidatinnen führen würde. Die beiden Finalistinnen gelten als starke Kandidatinnen, wenn auch mit sehr unterschiedlichem Profil. Okonjo-Iweala hat keinen WTO-Hintergrund, konnte sich aber als Ministerin den Ruf einer unerschrockenen Reformerin erwerben. Dies fand bei vielen Mitgliedstaaten, die sich eine fundamentale Reform der kriselnden WTO erhoffen, offenbar Anklang. Gleichzeitig betont

die aktuelle Vorstandsvorsitzende der Impfallianz Gavi, dass sie die Kandidatin mit der stärksten Expertise an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Gesundheit sei. Yoo Myung-hee hingegen betont hingegen vor allem ihre Erfahrung als Mittlerin; sie selbst hatte für ihr Land die Gespräche zu mehreren wichtige Handelsabkommen geführt.

Das Duo war auch von der EU präferiert worden. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer hatte zu Beginn des Auswahlprozesses postuliert, der künftige Generaldirektor müsse u.a. für eine fundamentale Reform der WTO eintreten und nicht einen "Hauch von Antiamerikanismus" versprühen. Die Kriterien scheinen beide Kandidatinnen zu erfüllen. Aus der Sicht Chinas ist wohl weder Okonjo-Iweala noch Myung hee eine Wunschbesetzung, aber zumindest hinnehmbar. Gegen die koreanische Kandidatin könnte aus Pekings Sicht sprechen, dass es dann die wichtige Position des stellvertretenden Generaldirektors wohl nicht würde halten können. Abzuwarten ist auch, ob sich die zuletzt vernehmbaren japanisch-koreanischen Dissonanzen im Handelsbereich auf die Kandidatenkür auswirken werden. Prognosen über die Aussichten der beiden Kandidatinnen sollten gleichwohl mit Vorsicht behandelt werden: Beobachter unken schließlich, der komplexe Auswahlprozess sei eine Mischung aus Papstwahl und dem Eurovision Song Contest<sup>6</sup>.

Die letzte einwöchige Phase des Konsultationsprozesses soll am 19. Oktober beginnen und bis zum 27. Oktober andauern; Ziel ist Konsens bis Anfang November. Ob es dann aber tatsächlich schon zu einer Einigung kommt, ist nicht zuletzt wegen der US-Wahlen offen. Theoretisch gäbe es bei fehlender Einstimmigkeit die Möglichkeit eines Mehrheitsvotums. Dies wäre jedoch ein Novum und zudem eine denkbar große Hypothek für die neue Leitung. Schließlich ist die künftige Generaldirektorin auch nach erfolgreichem Amtsantritt weiter auf den Kooperationswillen aller Mitgliedstaaten angewiesen. Die wichtigsten Herausforderungen: Reform der derzeit dysfunktionalen Streitbeilegung, Wiederbelebung der Verhandlungsfunktion, Vorbereitung zentraler

<sup>5</sup> Hintergründe des Kandidatenrennens und Entwicklungen bis Ende September finden sich [hier](#)

<sup>6</sup> Mehr findet sich [hier](#).

Verhandlungsdossiers für die wichtige WTO-Ministerkonferenz 2021.

Abseits der internationalen Aufmerksamkeit gab es Fortschritte bei der Einsetzung eines Interim-Berufungsinstanz (MPIA). Auf dieses hatten sich 19 WTO-Mitglieder, darunter auch die EU und China, angesichts der Blockade der eigentlichen WTO-Berufungsinstanz seit Dezember 2019 geeinigt. So wurden Ende Juli zehn Mitglieder für das Interim-Berufungsgremium berufen. Eine Befassung des Gremiums mit konkreten Fällen wird aber erst im kommenden Jahr erwartet.

Unterdessen gehen Diskussionen zur Begrenzung von Fischereisubventionen und zu anderen Verhandlungsdossiers, wenn dann nur mühsam vorwärts. Sie werden gebremst von der Haltung einiger Mitgliedstaaten, dass man virtuell oder hybrid zwar sprechen, aber nicht verhandeln könne. Für kontroverse Diskussionen im TRIPS-Rat (zuständig für Fragen des Geistigen Eigentums) sollte hingegen eine sehr weitreichende Initiative von Indien und Südafrika sorgen, die darauf abzielt, den Schutz von Urheberrechten für nahezu alle Gesundheitsprodukte die für den Kampf gegen COVID-19 nötig sind, aufzuheben.

Aufhorchen ließ der Schiedsspruch der WTO zum Boeing-Fall am 13. Oktober: wegen rechtswidriger Subventionen für den US-Flugzeugkonstrukteur kann die EU nun Strafzölle auf US-Importe in Höhe von 3,4 Milliarden Euro im Jahr verhängen. Damit blieb der Schiedsspruch hinter den Forderungen der EU-Seite zurück.

## Menschenrechtsrat

Nachdem COVID-19 zu Beginn des Jahres einigen Mitgliedsstaaten noch als Vorwand diente, die Handlungsfähigkeit des Menschenrechtsrates, etwa mittels geschicktem Auspielen der Verfahrensordnung, einzuschränken, stellte die hybride Sitzungsform im September kaum mehr jemand in Frage. So konnten zahlreiche Resolutionen verabschiedet und Mandate für Sonderberichterstatter, unabhängige Experten oder Untersuchungsmechanismen, wie zu Burundi, Jemen oder zu Venezuela, verlängert werden. Die praktische Umsetzung einiger Mandate dürfte sich

jedoch erheblich hinziehen. Während sich die UN bereits seit längerem in einer Liquiditätskrise befindet, lassen die Zahlungen zahlreicher Mitgliedsstaaten in diesem Jahr auch COVID-bedingt besonders lange auf sich warten oder bleiben ganz aus. Bisher gingen lediglich 60% des regulären Budgets ein. Dies ist vor allem ein herber Schlag für die immer wieder als "Augen und Ohren" des Menschenrechtsrates bezeichneten Sonderverfahren, welche mit ihren Leitlinien und Empfehlungen einen Beitrag zu menschenrechtsbasierten Politiken zu leisten suchten. Zudem wird vermehrt versucht, ihre Arbeit zu blockieren, etwa mit dem Vorwurf, sie würden sich nicht an den bestehenden Verhaltenskodex halten. Angesichts ihrer Arbeit zum Fall Jamal Khashoggi und auch zum Fall des vergifteten Kremlkritikers Alexej Nawalny steht hier derzeit Agnès Callamard, Sonderberichterstatterin für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, besonders im Kreuzfeuer der Kritik vor allem autoritärer Staaten.

Zu den Schwerpunkten des Septemberrates zählten mithin einige Ländersituationen, welche es noch vor wenigen Jahren kaum auf die Agenda des Rates geschafft hätten, auch wenn Beobachter weiterhin den fehlenden Fokus auf China, Saudi-Arabien, oder Ägypten bemängeln. Zur Situation in Belarus konnte trotz zahlreicher Versuche u.a. von Russland und Venezuela, die Tagesordnung zu ändern, eine Dringlichkeitssitzung u.a. mit der Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya stattfinden. Die von Deutschland im Namen der EU eingebrachte Resolution konnte sich durchsetzen<sup>7</sup>; 17 (!) russische Änderungsvorschläge wurden allesamt abgelehnt. Lange undenkbar stand auch die Situation in Venezuela im Fokus, nachdem die relativ junge Erkundungsmission (FFM) ihren neuesten Bericht vorgestellt hatte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anprangerte<sup>8</sup>. Immerhin mit einem gemeinsamen Statement wurde auch Saudi Arabien und der Iran thematisiert<sup>9</sup>. Überraschend zog

<sup>7</sup> Die Dringlichkeitssitzung zu Belarus kann [hier](#) nachgehört werden, die Resolution findet sich [hier](#).

<sup>8</sup> Der Bericht der Erkundungsmission zu Venezuela findet sich [hier](#), die Resolution unter Item 4 [hier](#).

<sup>9</sup> Das gemeinsame Statement zu Saudi Arabien sowie seine Unterstützer finden sich [hier](#), zum Iran [hier](#).

China eine eigene Resolution zurück, nachdem eine Mehrheit nicht gesichert schien.

Die Wahl von 15 neuen Ratsmitgliedern<sup>10</sup> für den Zeitraum von 2021-2023 deutet jedoch auf eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten von autoritären Staaten hin, auch wenn die Wahl in der UN Generalversammlung in New York am 13. Oktober Überraschungen bereithielt. So konnte sich in der Asien-Pazifik-Gruppe China nur mit einem schwachen Resultat durchsetzen, während Saudi-Arabien den Sprung in den Rat mit nur 90 Stimmen verpasste. In der osteuropäischen Gruppe folgt jedoch Russland auf das EU-Mitglied Slowakei und in der Gruppe lateinamerikanischer und karibischer Staaten Kuba auf Staaten wie Chile oder Peru. Die Kandidaten werden von den jeweiligen Regionalgruppen bestimmt, oft ohne weitere Wahlmöglichkeiten zuzulassen. Wie viele Stimmen Kandidaten letztlich erhalten, ist jedoch auch vom Wahlverhalten der Mitglieder der Generalversammlung abhängig. Die meisten Enthaltungen waren hierbei in der westeuropäischen Gruppe zu verzeichnen, für welche Frankreich und das Vereinigte Königreich in den Rat aufgenommen wurde. Ein Jahr mit einer relativ günstigen Zusammensetzung des Rates für den globalen Westen neigt sich damit dem Ende zu.

### Keine Entwarnung bei Humanitären Organisationen

Angesichts der kontinuierlich steigenden Bedarfe bei sinkenden finanziellen Ressourcen — bisher sind lediglich 28% der Bedarfe für den Globalen Humanitären Reaktionsplan für COVID-19 (GHRP) gedeckt — warnte Mark Lowcock, Leiter des Amtes der UN für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), vor Überlastung. Ging das erst jüngst mit dem Friedensnobelpreis gehetzte Welternährungsprogramm (WFP) noch vor wenigen Monaten von 135 Mio. Menschen aus, welche vom Verhungern bedroht seien, d.h. akut unterernährt sind, betrifft dies nach neuesten Zahlen mit 270 Mio. bereits doppelt so viele Menschen, insbesondere in Südsudan, dem Jemen, der DR-Kongo, Nord-Ost Nigeria und der Sahelregion. Hier tritt die toxische Verbindung von Krie-

gen, Klimawandel, Handelsunterbrechungen und COVID-19 besonders zu Tage. Extreme Armut steigt nach drei Jahrzehnten daher erstmals wieder an. Gleichzeitig werden die ersten Auswirkungen der kritischen Finanzlage auch in Genf sichtbar: das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) sieht derzeit einer Welle von Entlassungen entgegen.

### Kleine Schritte bei Vermittlungsbemühungen zu Syrien, Libyen und Jemen

Die zwischenzeitliche Entspannung der epidemiologischen Lage in den Sommermonaten erlaubte zahlreichen Delegierten die Einreise in die Schweiz, um begonnene Verhandlungen fortzusetzen. Nach gut neun Monaten Unterbrechung kam erstmals Ende August das syrische Verfassungskomitee auf Einladung des UN-Sondergesandten für Syrien, Geir Pedersen, zum dritten Mal in Genf zusammen. Nachdem jedoch vier Delegierte positiv auf COVID-19 getestet wurden, begaben sich alle Delegierten in Quarantäne und die Gespräche wurden unterbrochen. Nach deren Wiederaufnahme fanden laut Pedersen, trotz "starker Verschiedenheiten" doch "substantielle Diskussionen" in einem "respektvollen Ton" statt, weshalb er die Runde vorsichtig positiv wertete. Die Einigung auf eine Tagesordnung sowie auf ein neues Datum zur Fortsetzung der Gespräche, stehen gleichwohl noch aus. Entsprechend bewerten Beobachter die August-Gespräche sowie die Erfolgsaussichten des Prozesses als solchen kritischer.

Positiver wurden hingegen die Fortschritte der innerlibyschen Gespräche Anfang September in Montreux gewertet, zu welchen UNSMIL lud und welche parallel zu Gesprächen in Bouznika (Marokko) abgehalten wurden. Delegierte der international anerkannten Regierung in Tripolis und Vertreter der Gegenregierung um General Khalifa Haftar fanden zu einer "umfassenden Vereinbarung über Kriterien und Mechanismen" zur Reform der Exekutive (neuer Präsidialrat und neue Regierung). Spätestens in 18 Monaten sollen zudem Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten werden. Die Wiederaufnahme direkter Gespräche zwischen den Konfliktparteien wurde für Anfang November angekündigt.

<sup>10</sup> Ein Überblick über die neue Zusammensetzung des Rates finden Sie in der Bildstrecke

Einen "sehr wichtigen Meilenstein" erreichten laut dem UN-Sondergesandten für den Jemen, Martin Griffith auch die Konfliktparteien der jemenitischen Regierung um Mansour Hadi und Ansar Allah (Houthi-Bewegung) nach zweiwöchigen Gesprächen nahe Montreux. Die Parteien einigten sich auf eine Liste von 1.081 Gefangenen, unter ihnen auch saudische Staatsangehörige, welche in einem vom Internationalen Komitee fürs Rote Kreuz vermittelten Gefangenenaustausch freikommen sollen. Sie erneuerten ihren Willen auch die übrigen der 16.000 Gefangenen schrittweise freizulassen. Als vertrauensbildende Maßnahme hatten sich die Parteien hierauf bereits Ende 2018 im Abkommen von Stockholm geeinigt. Sollte die Vereinbarung umgesetzt werden, wäre dies der größte Gefangenenaustausch seit Beginn des Konfliktes.

## Arbeit und Soziales

Mit dem Andauern der Krise korrigiert auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ihre Prognosen nach oben: Der Verlust an Arbeitsstunden im zweiten Quartal erreichte mit 17,3% ein Äquivalent von nunmehr 495 Millionen Vollzeitjobs, 100 Millionen mehr als noch im Juni dieses Jahres. Doch auch die massiven fiskalpolitischen Stimuli machen sich bemerkbar, ohne welche der Verlust derzeit bei 28% läge. Dennoch brachen global gesehen die Einkommen um insgesamt 3,5 Billionen US-Dollar ein. Gleichzeitig kristallisieren sich auch nachahmenswerte Praktiken im Umgang mit den Folgen der Pandemie für die Arbeitswelt heraus und können in einer eigens eingerichteten Datenbank pro Land eingesehen werden<sup>11</sup>.

## UNDRR: Naturkatastrophen in letzten 20 Jahren verdoppelt

Im Zeitraum von 2000-2019 hat sich die Zahl der Naturkatastrophen gegenüber den vorherigen 20 Jahren nahezu verdoppelt — ein steiler Anstieg. Zu diesem Schluss kommt der jüngste Bericht des Genfer UN Büros für Katastrophenvorsorge<sup>12</sup> (UNDRR) und nennt den Klimawandel als Haupt-

ursache. Die insgesamt 7.348 Katastrophen kosteten 1,23 Millionen Menschen das Leben und betrafen mehr als 4,2 Milliarden Menschen. Vor allem Überflutungen und Stürme, aber auch Dürren oder Flächenbrände kosteten der Weltwirtschaft fast 3 Billionen US-Dollar. UN-Generalsekretär Guterres sowie WHO Generaldirektor Tedros mahnten angesichts sich häufender und zunehmend verwobener Katastrophen eine starke internationale Kooperation für mehr Klimaschutz und zur Risikobeherrschung an.

## Flucht und Migration: Reaktionen auf das neue EU-Kommissionspaket

In den vergangenen Monaten hatten sich bereits beide in Genf ansässigen Organisationen, die Internationale Organisation für Migration (IOM) sowie das UN Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), mit Empfehlungen für einen neuen Pakt zu Migration und Asyl an die EU-Kommission gewandt<sup>13</sup>. Das nun vorgestellte Paket sei ein "bemerkenswerter Anfang" und reflektiere die Komplexität des Themas, hieß es nach der Vorstellung von IOM Generalsekretär Vitorino. Vor allem Fragen der Umsetzung bleiben bisher aber noch offen. Bei Partnerschaften mit Drittstaaten betonte er die zentrale Rolle von Menschenrechten und den Ausbau legaler Wege der Migration. Obgleich IOM und UNHCR mehrfach die Haltung der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen, dass die Suche und Seenotrettung keine Option, sondern Pflicht der EU sei, begrüßten, gäbe es bei dem Ausbau von EU-eigenen Kapazitäten dringenden Handlungsbedarf. Zu wenig werde bisher zwischen Kanälen für legale Arbeitsmigration und Wegen für internationalen Schutz unterschieden. Begrüßenswert sei aber bereits die Anerkennung der Realität, dass Europa Migranten benötige. Nicht zuletzt COVID-19 habe gezeigt, dass sie Teil der Lösung seien, so auch UN-Hochkommissar Filippo Grandi.

<sup>11</sup> Die Datenbank zu den besten Praktiken verschiedener Länder findet sich [hier](#).

<sup>12</sup> Der Bericht ist [hier](#) einsehbar.

<sup>13</sup> Die Empfehlungen des UNHCR finden sich [hier](#), die von IOM sind [hier](#) einsehbar.

## Kommentar: dringende Reformen und knappe Kassen

Die Krise rückt die Frage der Finanzierung multilateraler Organisationen zunehmend in den Fokus. Bereits jetzt sind einige chronisch unterfinanziert (so etwa das OHCHR) – nicht zuletzt auch aufgrund der schwachen Zahlungsmoral vieler Staaten. In anderen wird die Drohung eines Zahlungsstopps als politisches Instrument benutzt. Wieder andere müssen sich in derart großem Maß auf freiwillige Beiträge stützen, dass langfristige Planung und eine ausreichende Finanzierung von Präventionskapazitäten im Grunde unmöglich ist.

Entsprechend kann eine Debatte um Reform internationaler Organisationen nicht unabhängig von der Finanzierungsfrage diskutiert werden. So wird eine Ertüchtigung der WHO und ihrer Krisenreaktionsfähigkeit nicht ohne eine spürbare Erhöhung der Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten gelingen. In diesem Kontext ist die kategorische Ablehnung einer Beitragserhöhung auch durch diejenigen Mitgliedstaaten, die kaum mehr zu den Entwicklungsländern zu zählen sind, befremdlich – insbesondere, wenn man sich die relativ überschaubare Höhe der Beiträge vergewärtigt.

Erfahrene Beobachter merken zudem mit Blick auf vergangene Krisen zurecht an, dass sich das Gelegenheitsfenster für ehrgeizige Reformen wohl rasch schließen wird. Entsprechend sollte die Debatte nicht erst nach der Weltgesundheitsversammlung im Mai kommenden Jahres Fahrt aufnehmen. Aus der Krise die richtigen Lehren nicht nur für die Krisenreaktion der WHO, sondern auch der Mitgliedstaaten, zu ziehen, wird ein zentraler Baustein für eine Vorbereitung auf die nächste Pandemie sein. Entsprechend bleibt zu hoffen, dass die Evaluierungsberichte nach Ihrer Präsentation im Mai nicht monatelang zerredet werden.

Ein Lichtblick scheint hingegen die konstruktive Positionierung der USA bei den Diskussionen im WHO-Exekutivrat im Oktober sein. Ein starkes Engagement der US-Seite in der WHO und eine enge transatlantische Partnerschaft im Feld der Globalen Gesundheit sind in zentralem deutschen Interesse.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

[olaf.wientzek@kas.de](mailto:olaf.wientzek@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)